

21.07.06, Seite 8

ENERGIEPOLITIK

Suchtbekämpfung

VOLKER PERTHES, FRIEDEMANN MÜLLER

Der G8-Gipfel in Sankt Petersburg hat sich zwar mit internationalen Energiefragen beschäftigt, das schwierigste Problem aber ausgespart: die sich zuspitzende Krise der Ölversorgung. Ausgerechnet US-Präsident George W. Bush hat die politische Dimension dieser Problematik jüngst mehrfach deutlich angesprochen und darauf hingewiesen, dass die USA und die anderen westlichen Industriemächte „suchtabhängig“ vom Öl und deshalb gegenüber den Anbietern nur noch begrenzt handlungsfähig seien. Um sich von der Sucht zu befreien, sind mutige Maßnahmen notwendig. Angebracht wäre eine gemeinsame Initiative der Industriestaaten, in spätestens 20 Jahren keine ölgetriebenen Neuwagen mehr zuzulassen.

Es ist nicht so sehr der Rückgang der globalen Ölreserven, der uns akut zu schaffen macht, sondern ein komplexes Bündel gleichzeitiger Entwicklungen, die wirtschaftliche und politische Risiken mit sich bringen: So nimmt die Konzentration der verfügbaren Reserven im Mittleren Osten weiter zu, weil in allen anderen Regionen die Vorräte schneller erschöpft sein werden.

In allen großen Verbrauchsregionen, in Europa, Amerika und China, geht die eigene Ölproduktion zurück. Die Nachfrage aus Asien steigt in einem Maß, dem die Anbietermärkte nicht gewachsen sind. Und kein großer Ölexporteur ist wirklich bereit, seine Investitionspolitik den Markterfordernissen unterzuordnen: Saudi-Arabien will seine Ölerschließung allein betreiben, Iran leidet selbst unter Sanktionen, verdirbt aber zusätzlich ausländischen Investoren, die gerne mit der erforderlichen Technologie einsteigen würden, durch Bürokratie und Korruption die Lust. Der Irak hat ein Sicherheitsproblem, und Russland baut die Hürden für Ausländer immer höher. Diese vier Staaten verfügen über die Hälfte der Weltreserven und zwei Drittel des Exportpotenzials. Es wird also weniger produziert, als nachgefragt wird. Dies, nicht die Produktionskosten, erklärt den hohen Preis.

Wer glaubt, ein hoher Ölpreis sei gut für die Umwelt, blendet die internationale Politik aus. In vielen Staaten Afrikas und Asiens machen Ölimporte einen viel höheren Anteil am Wirtschaftsaufkommen aus als in Industrieländern, so dass Wachstum und soziale Entwicklung in Frage gestellt sind und neue Schuldenkrisen drohen. In den wichtigsten Ölexportländern verhindern hohe Ölrenten notwendige Reformen. Staaten wie Venezuela oder Iran fühlen sich auf Grund ihrer ölgeschmierten Finanzstärke immer weniger an internationale Spielregeln gebunden. Späteinsteiger auf dem Nachfragemarkt wie China akzeptieren im Umgang mit autoritären Ölexporturen die frühere Praxis auch westlicher Industrieländer, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen, um lukrative Lieferverträge abzusichern.

Tatsächlich werden nur die wichtigsten Industrieländer in der Lage sein, ein globales Umsteuern einzuleiten. Da mehr als die Hälfte des Ölverbrauchs heute auf den Transportsektor entfällt und dieser Anteil weiter steigt, muss hier angesetzt werden.

Die Industriestaaten sollten deshalb spätestens beim nächsten G8-Gipfel beschließen, etwa ab 2025 keine ölgetriebenen Neuwagen mehr zuzulassen. Das wäre keine Entscheidung gegen den Individualverkehr, sondern eine gegen die Verschwendung der knappen Ressource Öl, die für die Produktveredelung (Kunststoffe) benötigt wird. Die Politik sollte keine bestimmte Technologie privilegieren, sondern der Automobilwirtschaft die Chance geben, an alternativen Antrieben und Treibstoffen (Biodiesel, Ethanol, Wasserstoff) zu arbeiten. Staaten, die hier ordnungspolitisch vorangehen, geben ihrer Industrie die Chance, hier die Technologieführerschaft zu übernehmen.

Zudem kommen klimapolitische, entwicklungspolitische und auch sicherheitspolitische Aspekte ins Spiel: So stünde mehr Öl für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung, die Ölmärkte würden entspannt und die geopolitischen Konkurrenzen um das Öl entschärft. Durch die erhebliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes könnte ein echter klimapolitischer Durchbruch gelingen. Und die Industrieländer wären der immer geringeren Zahl großer Förderländer gegenüber weniger erpressbar, was auch die Verhandlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft im Nahen und Mittleren Osten erhöhen würde.

Deutschland als Technologie- und Autoland ist bestens geeignet, durch eine solche Initiative Führung und Verantwortlichkeit im Kreis der Industriemächte zu beweisen, spätestens beim nächsten G8-Gipfel, der 2007 in Heiligendamm stattfindet und ab jetzt politisch vorbereitet wird.

gastautor@handelsblatt.com

Volker Perthes ist Direktor der
Stiftung Wissenschaft und Politik, Friedemann Müller leitet dort die Forschungsgruppe „Globale Fragen“.

Die Ressource Öl ist zu kostbar, um sie, in Automotoren, zu verbrennen.